

Keine Zeit verplempern

TDL – Wegen der Blockadehaltung der Arbeitgeber wird jetzt gestreikt

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) blockierte auch in der zweiten Verhandlungsrunde Anfang November sämtliche Forderungen, die ver.di zusammen mit den Beschäftigten stellt. Ihre Verhandlungsbereitschaft macht die TdL davon abhängig, die Axt an den sogenannten Arbeitsvorgang zu legen, um Eingruppierungen zu verschlechtern. Und weil ver.di hier nicht klein beigt, lehnen die Arbeitgeber sämtliche Verhandlungsthemen ab. Weder wollen sie die Belastungen im Gesundheitswesen honorieren, einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte zulassen, noch über die ver.di-Vorschläge zum Justizbereich verhandeln. Allenfalls sind sie bereit, über die Übernahme der Auszubildenden zu reden. Die Kostenübernahme für ein ÖPNV-Ticket für Azubis? Auch das lehnen sie ab.

NUR EIN STOISCHES NEIN

Damit stehen die Zeichen auf Streik. Und das kündigte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke auch direkt nach der ergebnislosen zweiten Verhandlungsrunde an. „Wir verplempern doch nicht tagelang unsere Zeit, um zu sämtlichen Forderungen der Beschäftigten ein stoisches Nein der Arbeitgeberseite zu hören. Und als trauriger Höhepunkt wird dann trotz mehrfacher Aufforderung durch ver.di kein Angebot vorgelegt. Solche Mätzchen haben die Beschäftigten nicht verdient“,



so Werneke. Wer Streiks provoziere, dürfe sich nicht wundern, wenn er sie bekomme.

Nicht einmal die Preissteigerung will die TdL ausgleichen. Die Arbeitgeber haben dazu eine verquere Vorstellung und ihre ganz eigenen Daten zur Preisentwicklung. Die sei aus ihrer Sicht gar nicht so hoch, wie alle Wirtschaftsinstitute übereinstimmend sagen. Deshalb müsste das bei der Lohnerhöhung auch nicht berücksichtigt werden. Die Beschäftigten seien nicht die „Sparschweine der Republik“, setzt der ver.di-Vorsitzende dem entgegen.

ver.di fordert 5 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 150 Euro. Für die Beschäftigten im Gesundheitswesen sollen es mindestens 300 Euro sein. Und die Azubivergü-

tungen sollen um 100 Euro steigen. Verhandelt wird für rund 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte und 48 000 Auszubildende im öffentlichen Dienst der Länder (außer Hessen).

Wenn sich durchsetze, was die Arbeitgeber wollen, dann wollten künftig noch weniger Leute im öffentlichen Dienst der Länder arbeiten, warnt die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle. Sie rief den angereisten Beschäftigten in Potsdam zu: „Seid nicht nur heute hier. Geht auf die Straße. Zeigt den Arbeitgebern, wir wollen eine ordentliche Vergütung.“

Marion Lühring

Bericht Seite 5

unverzichtbar.verdi.de

MINIJOBS...

... sind Gift für den Arbeitsmarkt. Daher warnt ver.di vor falschen Weichenstellungen in den laufenden Koalitionsverhandlungen. Im Sondierungspapier von SPD, Grünen und FDP ist die Rede davon, die Entgeltgrenze bei Minijobs von 450 auf 520 Euro zu erhöhen. Begründet wird das mit der ebenfalls verabredeten Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde (Siehe Seite 3). Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke bezeichnet die Anhebung auf 520 Euro als einen Fehler. „Insbesondere Frauen sind davon negativ betroffen“, sagte er, Altersarmut werde dadurch programmiert. Einer aktuellen Studie zufolge verdrängen Minijobs schon heute allein in kleinen Betrieben bis zu 500 000 reguläre, sozialversicherungspflichtige Stellen.

Druck machen

„Nur wenn wir gemeinsam Druck machen, werden wir diese Tarifrunde gemeinsam bestehen – und wir wollen sie gemeinsam erfolgreich bestehen.“

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke in einer Videobotschaft an die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst der Länder nach der zweiten Verhandlungsrunde mit der TdL

PREISE

Höchste Zeit für Energiegeld

ver.di fordert sozial gerechte Klimapolitik

SEITE 2

MINDESTLOHN

12 Euro für alle

Mögliche Ampel-Koalition will Lohnuntergrenze anheben

SEITE 3

TDL

Von allein tut sich nichts

Beschäftigte sind sauer auf die Arbeitgeber

SEITE 4

EHRUNG

Zwei Preise nach Nürnberg

Beispielhafte Arbeit von Personalräten gewürdigt

SEITE 5

MUTTERSCHUTZ

International stärken

Deutschland ratifiziert ILO-Übereinkommen Nr. 183

SEITE 6

FAQ

Jetzt geht's los

Alle Orgawahl-Termine rechtzeitig veröffentlichen

SEITE 7

Demokratiefeindliche Ziele

(red.) Die Arbeit parteinaher Stiftungen wird in Deutschland derzeit mit 660 Millionen Euro jährlich gefördert. Doch das Verfahren gilt als intransparent und informell. Damit bekommen die Stiftungen etwa drei mal so viel Geld, wie die ihnen nahestehenden Parteien an öffentlichen Mitteln erhalten. Nach der zurückliegenden Bundestagswahl könnte es jetzt erstmals dazu kommen, dass mit der Gründung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) eine dem rechten Parteienspektrum nahestehende Stiftung Anspruch auf staatliche Fördermittel erhält. Die Studie von Arne Semsrott und Matthias Jakobowski nimmt nicht nur die Finanzierung von parteinahen Stiftungen in den Blick, sie beleuchtet auch die Arbeit der DES. Dabei kommen sie zu dem Schluss, dass es geboten sei, „Maßnahmen zu ergreifen, damit die Stiftung keine finanziellen Mittel vom Staat erhält und so daran gehindert wird, ihre demokratiefeindlichen Ziele effektiv zu verfolgen“.

ARNE SEMSROTT/
MATTHIAS JAKUBOWSKI:
DESIDERIUS-ERASMUS-
STIFTUNG. POLITISCHE
BILDUNG VON RECHTS-
AUSSSEN, PROJEKT DER
OTTO-BRENNER-STIFTUNG
(OBS), OBS-ARBEITSPAPIER
51, KOSTENLOSER
DOWNLOAD ODER
BESTELLMÖGLICHKEIT
UNTER [KURZELINKS](#).
DE/4MX2

Höchste Zeit für Energiegeld

PREISENTWICKLUNG – ver.di fordert eine sozial gerechte Klimapolitik

(pm) Die Energiekosten steigen zurzeit dramatisch an. Erst jüngst haben zahlreiche Strom- und Gasversorger angekündigt, im kommenden Jahr die steigenden Preise an die Verbraucher*innen weiterzugeben. ver.di mahnt daher, Bürger*innen wirksam zu entlasten und insbesondere einkommensschwächere Haushalte in den Blick zu nehmen.

Sowohl die geschäftsführende Bundesregierung als auch die künftigen Koalitionäre müssten jetzt Signale setzen. „Für viele Haushalte ist die Belastungsgrenze bei Lebenshaltungs- und Energiekosten schon

überschritten. Wir brauchen jetzt einen monatlichen Zuschlag von 100 Euro auf den Regelsatz, damit Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen das Weihnachtsfest in einer warmen Wohnung feiern können“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

Die noch von der amtierenden Bundesregierung beschlossene Anhebung der Hartz-IV-Sätze um drei Euro pro Monat ab 2022 sei angesichts der Preisentwicklung kein ernsthafter Lösungsansatz. „Für viele Menschen bedeutet das in den kommenden Monaten schlicht die

Alternative zwischen einer kalten Wohnung oder einem leeren Kühlschrank“, sagte Werneke.

Aber auch viele Bezieher*innen unterer und mittlerer Erwerbseinkommen müssten angesichts der Klimawende mit weiter steigenden Energiekosten rechnen. „Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden“, so Werneke. Es sei dringend notwendig, dass sich die künftige Koalition auf ein sozial gestaffeltes Energiegeld verständige, das die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung wieder zurückgebe.

Nachhaltige Entwicklung

ZUKUNFT DER INNENSTÄDTE – ver.di-Bundesvorstand legt Positionspapier vor

(pm) Durch die Corona-Pandemie sind die Innenstädte vermehrt unter Druck geraten. Sie müssen durch umfangreiche Maßnahmen gestärkt werden. Daher hat der ver.di-Bundesvorstand ein Positionspapier zur Zukunft der Innenstädte verabschiedet. Der ver.di-Vorsitzende

Frank Werneke sprach sich für ein Förderprogramm aus, mit dem in den kommenden fünf Jahren jährlich 500 Millionen Euro für die Innenstädte zur Verfügung gestellt werden sollen. Zudem müssten die coronabedingten Steuerausfälle der Kommunen in diesem und im kom-

menen Jahr durch einen Rettungsschirm des Bundes ausgeglichen werden. Für strukturell benachteiligte Kommunen sei ein Programm zu Altschuldentilgung notwendig.

Das Positionspapier kann unter [kurzlinks.de/7cca](https://www.kurzlinks.de/7cca) heruntergeladen werden.

DIE PRESSE-SHOW

Was berichtet man, wenn es nichts zu berichten gibt? Das können Mediennutzer*innen dieser Tage mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen lernen. Bisher halten sich nämlich alle Beteiligten daran, nichts wirklich durchzustoßen aus den Verhandlungen. Kein Wunder, dass die Medien da verstärkt zwischen den Worten lesen. Die *Süddeutsche Zeitung* scheint am 4. November 2021 so schon mehr als die Konkurrenz zu wissen: „Bei den Ampel-Verhandlungen klemmt es beim Klimaschutz, bei den Finanzen, auch bei den Themen Flucht und Asyl und Naturschutz. Zumindest sehen die Grünen das so. Statt wie geplant am Donnerstag den Zeitplan vorzustellen, wann ein fertiger Koalitionsvertrag vorgelegt werden kann, hat die Partei deshalb vorläufig die Bremse gezogen. ‚Wir sehen derzeit zu wenig Fortschritt, was die inhaltliche Substanz anbetrifft‘, sagte Bundesgeschäftsführer Michael Kellner [...].

Damit wackelt auch die Planung, Olaf Scholz (SPD) in der Woche nach dem 6. Dezember zum Kanzler zu wählen.“ *Der Spiegel* zitiert diesbezüglich den Tweet eines anderen Grünen, in dem es um die Titanic und einen Eisberg geht. Als wäre die Koalition bereits vor ihrem Start dem Untergang geweiht.

Die *taz* trumpft am 7. November mit Insiderwissen auf: „Jedenfalls sind auch die Verhandlungen von Grünen, SPD und FDP über die Politik der nächsten Bundesregierung geprägt davon, dass jeder so bleiben kann und soll, wie er anders als die anderen ist. Das betrifft nicht nur das Innen, sondern noch stärker das Außen, also die urteilende Mediengesellschaft. Wer sein Zeug durchbringt, gilt hier als Gewinner. Wer sein Zeug nicht durchbringt, gilt als Verlierer, und zwar verliert er an Identität, was als superschlimm gilt. Tempo 130 ist dafür das beste Beispiel. Diese Verhandlungen, sagte mir ein Insider, erschienen ihm

wie ‚drei Pflegestationen für eine jeweils identitäre Politik‘.“

HARMONISCHE SCHÄRFE

Die Kreiszeitung liest am selben Tag zwischen den Zeilen bei der Grünen-Chefin: „Bislang gaben sich die Partner harmonisch, doch nun wird der Ton schärfer: Die Grünen haben nun erstmals öffentlich den Fortschritt der Koalitionsverhandlungen infrage gestellt. So bemängelte Parteichefin Annalena Baerbock die ernsthafte Berücksichtigung der klimapolitischen Ziele. [...] Bislang hielten die potenziellen Regierungspartner ihre strikte Vertraulichkeit ein. Kaum ein Detail drang bislang nach draußen. Insofern ließ das Baerbock-Interview jetzt aufhorchen. Denn es offenbarte zum ersten Mal ein paar Differenzen.“ Was doch aber – ganz im Ernst – zu erwarten war. Aus einer Dreiecksbeziehung kann nun mal kein Liebespaar werden. *Petra Welzel*

12 Euro für alle

MINDESTLOHN – Mögliche Ampel-Koalition will Lohnuntergrenze anheben

(pm) Auf 12 Euro pro Stunde will eine mögliche Ampel-Koalition den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland anheben – und das im ersten Jahr ihrer Regierung. Das steht zumindest im Sondierungspapier, auf das sich SPD, Grüne und FDP verständigt haben. Derzeit verhandeln Vertreter*innen der drei Parteien über eine mögliche Regierungskoalition, bis Ende November wollen sie ihre Gespräche abgeschlossen haben.

ver.di macht sich schon länger für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in einer Höhe von 12 Euro pro Stunde stark. Doch wer würde davon profitieren? Rund 8,6 Millionen Arbeitskräfte, hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung ausgerechnet. Zwei Drittel von ihnen sind Frauen.

Bei 12 Euro pro Stunde spricht WSI-Arbeitsmarktexperte Toralf Pusch von „spürbaren Lohnsteige-

rungen“ für viele Beschäftigte. Und die üben längst nicht nur Jobs aus, für die keine oder nur eine geringe Qualifikation notwendig ist. Sie arbeiten im Einzelhandel, dem Gesundheitswesen, der Gebäudebetreuung, der Gastronomie und dem Sozialwesen. Unter den Berufen sind unter anderem Fachkräfte in Gastronomie und Hauswirtschaft, Verkäufer*innen, medizinische Fachangestellte, Köch*innen oder Berufskraftfahrende stark zu finden, also Berufe, für die man in der Regel eine abgeschlossene Ausbildung benötigt. Aber auch Hilfskräfte in Reinigung, Hauswirtschaft, Küchen und Logistik sind häufig vertreten. Zwar sind die Daten, auf die sich das WSI beruft, schon zwei Jahre alt, aber Pusch geht davon aus, dass sich an den strukturellen Problemen der Branchen nicht viel verändert haben wird.

Die Auswertung des WSI zeigt auch, wie wichtig Tarifbindung für

bessere Einkommen ist. Deutlich spürbar wird die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vor allem für Beschäftigte, die in Betrieben arbeiten, in denen kein Tarifvertrag gilt. Der höhere Mindestlohn wäre „vor allem eine wirksame Stütze zur Stabilisierung der Löhne von Beschäftigten ohne Tarifvertrag“, sagt der Arbeitsmarktexperte.

Erst kürzlich hatte eine vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie gezeigt, dass eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro auch gesamtwirtschaftlich sinnvoll wäre. Damit würde die Wirtschaftsleistung langfristig um etwa 50 Milliarden Euro im Jahr steigen, die Staatseinnahmen um rund 20 Milliarden Euro jährlich.

Boeckler.de

verdi.de/themen/arbeit/mindestlohn



SIMONE SEIDEL IST BETRIEBSRÄTIN BEI DER DEUTSCHEN TELEKOM IT GMBH AM STANDORT SAARBRÜCKEN

INTERVIEW

Viel Sicherheit

Du hast in den vergangenen Wochen erneut einige Kolleg*innen von ver.di überzeugt...

Leider hilft mir im Moment unser Arbeitgeber. Er hat angekündigt, eine Einheit zu verkaufen. Betroffen sind ca. 120 der 350 Beschäftigten an unserem Standort. Da zeigt sich, dass Betriebsrat und Gewerkschaft sehr wichtig sind, denn sie schaffen Sicherheit.

Wie haben die Kolleg*innen bislang eine ver.di-Mitgliedschaft abgelehnt?

„Brauche ich nicht“, „zu teuer“ oder „ich bekomme die Tarifierhöhungen ja auch so“, sind übliche Argumente. „Bei der Telekom hab ich einen sicheren Job“, war die Annahme. Aber jetzt erkennen viele, wie wichtig eine ver.di-Mitgliedschaft ist, nicht nur die, die verkauft werden sollen.

Wie überzeugst du sonst von ver.di?

In Gesprächen stelle ich bei jeder passenden Gelegenheit einen Bezug zu ver.di her. Wir können ja mehr als „nur“ Tarifverträge. Da muss man aufklären, das mach ich auch im Privatleben. ver.di macht z. B. auch Lobbyarbeit für gute Arbeitsbedingungen und mischt sich bei bestimmten Themen in die Gesetzgebung ein.

verdi.de/gewinnen

Ohne Ausnahme

PAKETDIENSTE – Arbeitgeber drohen mit Verlust von Arbeitsplätzen durch höheren Mindestlohn

(pm) Laut Medienberichten hat der Vorsitzende des Bundesverbandes Briefdienste, Walther Otremba, vor Verlusten von bis zur Hälfte der Arbeitsplätze in seiner Branche durch die geplante Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde gewarnt. Zudem fordert der Bundesverband Paket und Expresslogistik (BIEK), dass beim Thema Mindestlohn regionale Unterschiede berücksichtigt werden müssten. Der Mindestlohn solle gestaffelt angehoben werden. Außerdem müssten Personalengpässe in der Branche vermieden werden.

„Solche Äußerungen und Forderungen zeigen, dass die Geschäfts-

modelle der neuen Briefdienstleister und Subunternehmen der Paketdienstleister häufig auf Lohndumping beruhen, die schon mit einem Stundenlohn von nur 12 Euro nicht

mehr wirtschaftlich sind“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis. ver.di erwartet, dass es bei der geplanten Erhöhung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde weder Ausnahmen noch Öffnungen zu dessen Umgehung gibt.

Gerade in der Paketbranche sei es „nicht hinnehmbar, wenn Geschäftsmodelle von Unternehmen auf Hungerlöhnen für Beschäftigte beruhen, die weder durch Tarifverträge geschützt noch vom Mindestlohn erfasst werden sollen“, so Kocsis weiter. Hier müssten Tarifvertragesetze und hohe Mindestlöhne der Ausbeutung endlich einen Riegel vorschieben.



„Endlich ruhiger schlafen.“

[VERDI.DE/GEWINNEN](https://verdi.de/gewinnen)

IMPRESSUM

ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI, FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

PETRA WELZEL

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWORTLICH), MARION LÜHRING, FANNY SCHMOLKE

MITARBEIT: ANKE GEORGE-STENGER

VERLAG, LAYOUT UND DRUCK: DATAGRAPHIS, WIESBADEN

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: NELCARTOONS.DE

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN, TEL.: 030 / 69 56 1069, FAX: 030 / 69 56 3012

VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 17 ERSCHEINT AM 4. DEZEMBER 2021

verdi.de

Von allein tut sich nichts

Amazon unterwegs auf der letzten Meile

(hla) Amazon ist längst mehr als ein Online-Händler. Das Unternehmen ist längst ein Multi-branchenkonzern, der nun verstärkt auch seine eigene Lieferlogistik aufbaut. Immer häufiger sind die meist dunklen Kleintransporter oder LKW mit dem Konzern-Logo auf den Straßen zu sehen. Amazon hat die letzte Meile entdeckt. Doch die ist auf Subunternehmen ausgerichtet – und hat damit großen Anteil an der weiteren Prekarisierung der Paketbranche. Jörn Boewe, Tina Morgenroth und Johannes Schulten zeigen am Beispiel des Verteilzentrums in Erfurt-Stotternheim, wie dieses Geschäfts- und Arbeitsmodell funktioniert. Sie machen aber auch deutlich, dass das mit Verstößen

gegen das Arbeits- und Strafrecht verbunden ist. Der Zugang für Gewerkschaften ist oft schwierig. Hier berichten sie über Erfahrungen aus den USA, Italien und der Schweiz und beschreiben mögliche Perspektiven für Deutschland. JÖRN BOEWE, TINA MORGENROTH, JOHANNES SCHULTEN: **AMAZONS LETZTE MEILE. EIN ONLINEHÄNDLER ALS PREKARISIERUNGSTREIBER IN DER PAKETLOGISTIK. EINE FALLSTUDIE ZUM VERTEILZENTRUM** ERFURT-STOTTERNHEIM, PUBLIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG MIT DEM DGB-BILDUNGSWERK THÜRINGEN UND DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG THÜRINGEN, 30 SEITEN, KOSTENLOSER DOWNLOAD UNTER **TH.ROSALUX.DE/ PUBLIKATION/ID/44910**

TARIFRUNDE LÄNDER – Die Beschäftigten sind sauer

(ml) Schon jetzt ist es schwer, offene Stellen bei den Ländern neu zu besetzen. Ohne konkurrenzfähige Angebote wird das künftig nicht besser. Doch die Arbeitgeber blockieren und bieten nichts. Ohne Streiks und sichtbare Aktionen wird es diesmal keinen Erfolg geben.

„Ein guter Lohn ist Anreiz, Personal zu finden und zu binden“, sagt Thomas Krause, der am 1. November zum Verhandlungshotel nach Potsdam gekommen ist, um ver.di zu unterstützen und die Forderungen zu unterstreichen. Er arbeitet für die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten in der Verwaltung und weiß, wie schwer es schon jetzt ist, Personal zu finden. „Dass die TdL den Arbeitsvorgang zum Schlüsselthema macht, ist ein Generalangriff auf die Grundlagen der Eingruppierung. Das ist völlig kontraproduktiv. Wir haben einen Fachkräftemangel“, betont er.

Ähnlich argumentiert auch Thomas Schierwald, Personalratsvorsitzender beim Finanzministerium in Potsdam: „Es geht jetzt neben einem Einkommenszuwachs vor allem darum, den öffentlichen Dienst der Länder attraktiv zu halten. Beim Lohn hinken wir dem Bund hinterher. Immer öfter wechseln Kolleginnen und Kollegen. Auch junge Leute gehen lieber zum Bund oder in die freie Wirtschaft, weil sie dort besser verdienen.“

Hannelore Zienicke aus Potsdam, Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen, sagt: „Der Fachkräfte- und Pflegefachkraftmangel liegt uns besonders am Herzen. Deshalb bin ich heute hier. In den Teams bei mir sind nur 50 Prozent der Stellen besetzt. Das ändern wir nur mit guten Arbeitsbedingungen.“

Und Martina Felber, die ebenfalls bei dem Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und

Immer die neuesten Infos...

... zur Tarifrunde? Die gibt es bei Telegram. Dazu einfach die App auf das Smartphone laden und in das Suchfeld verdiOfficialBot oder ver.di eingeben. Dann auf Starten klicken und den ver.di-Kanal abonnieren. Um die Inhalte zur Tarif- und Besoldungsrunde für die Beschäftigten der Länder zu abonnieren, anschließend auf den Button TDL klicken. Dann erfährst Du immer, was gerade passiert.

Bauen arbeitet, bringt die Stimmung auf den Punkt: „Jetzt müssen wir kämpfen“. Zur Kundgebung vor dem Hotel hat sie deshalb gleich ihre Kolleginnen und Kollegen mitgebracht. „Meckern ist leicht, aber Mitmachen bedeutet Handeln. Von allein tut sich nichts.“

unverzichtbar.verdi.de

Siehe auch Rand Seite 5

T A R I F L I C H E S

FILMSCHAFFENDE – (pm) Die ver.di FilmUnion fordert für die etwa 25 000 Filmschaffenden in deutschen Filmproduktionen eine Erhöhung der Wochengagen um 100 Euro ab Januar 2022 und eine Laufzeit bis Ende August 2023. Der Arbeitgeberverband Produzentenallianz hat in der ersten Verhandlungsrunde zwei Erhöhungen um je 40 Euro und 30 Euro zu Beginn der nächsten beiden Jahre angeboten und eine deutlich längere Laufzeit bis zur Jahresmitte 2024. So ist die erste Runde ohne Ergebnis geblieben. Die ver.di FilmUnion hat zudem vorgeschlagen, nach dem eigentlichen Tarifabschluss über die Gagenerhöhung Gespräche zwischen den Tarifparteien über die Veränderung der Gagentabelle aufzunehmen. Neue Berufe sollen aufgenommen, bestehende Bezeichnungen angepasst und aktualisiert werden. Dies hat die Produzentenallianz ebenfalls befürwortet und stimmt einer speziellen Tarifarbeitsgruppe von Expert*innen zu, die bis Mitte 2022 zu Ergebnissen kommen soll. Bereits vorher fordert die ver.di FilmUnion die

Aufnahme der Tätigkeit Script Supervisor als optionale Gagenposition für solche Film- und Serienproduktionen, in denen dieses spezialisierte Berufsbild zum Einsatz kommt. Die Verhandlungen sollen am 23. November fortgesetzt werden.

AMAZON – (pm) Im Einzelhandel konnten die Beschäftigten und ver.di in den vergangenen Wochen zahlreiche regionale Abschlüsse durchsetzen. ver.di hat nun den Online-Händler Amazon aufgefordert, die Entgelterhöhungen an seine Beschäftigten weiterzugeben. „Es kann nicht angehen, dass sich ein milliardenschwerer, multinationaler Konzern dumm und dusselig verdient und sich dennoch weigert, den Beschäftigten die Lohnsteigerungen zukommen zu lassen, die andere Unternehmen der Branche den Kolleginnen und Kollegen zahlen“, sagte Orhan Akman, ver.di-Bundesfachgruppenleiter für den Einzel- und Versandhandel. Um die Forderung zu bekräftigen, hat ver.di Anfang November die

Beschäftigten an mehreren Amazon-Standorten zu Arbeitsniederlegungen aufgerufen. ver.di fordert von Amazon seit inzwischen mehr als acht Jahren, die Flächentarifverträge des Einzel- und Versandhandels per Vertrag anzuerkennen sowie einen Tarifvertrag für gute und gesunde Arbeit abzuschließen.

BERLINER VERKEHRSBETRIEBE (BVG)/BERLIN TRANSPORT (BT)

– (pm) Die Arbeitszeit der 15 700 Beschäftigten von BVG/BT sinkt bis 2024 von 39 auf 37,5 Stunden pro Woche. In drei Stufen steigen die Entgelte um zusammengerechnet 4,6 Prozent. Zudem erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung von 450 Euro in 2021. Die Beschäftigten haben die Wahl, weiter 39 Stunden zu arbeiten, dafür aber über die Auszahlung des Differenzbetrags das monatliche Entgelt zu erhöhen. Die Weihnachtsszulage wird jährlich um 100 Euro steigen, Zuschläge wurden angehoben. Außerdem wurde der Tarifvertrag Demografie bis Ende 2024 verlängert.

Zwei Preise nach Nürnberg

DEUTSCHER PERSONALRÄTE-PREIS – *Beispielhafte Arbeit wird gewürdigt*

(hla) Doppelte Freude bei der Stadt Nürnberg: Beim Deutschen Personalräte-Preis waren gleich zwei Interessenvertretungen der Stadtverwaltung erfolgreich. Den Preis in Gold sicherte sich der Gesamtpersonalrat. Mit einer Rahmendienstvereinbarung setzt er ein klares Signal für eine gewaltfreie Stadtverwaltung. Im Zentrum steht dabei der Schutz der Beschäftigten – vor Beleidigungen, Pöbelei, Anfeindungen in den sozialen Medien und zum Teil massiver körperlicher Gewaltanwendung.

HIER ARBEITET EIN MENSCH

Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle verwies in ihrer Laudatio auf die Impulse der DGB-Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch!“. Dem Gesamtpersonalrat sei es gelungen, wichtige und praxistaugliche Regelungen für eine gewaltfreie Stadtverwaltung zu treffen. „Das Projekt zeigt Durchsetzungsstärke, aber auch ein feines Gefühl für gesellschaftliche Notwendigkeiten“, sagte sie.

Der Deutsche Personalrätepreis ...

... ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“. Die Auszeichnung würdigt seit 2010 die beispielhafte Arbeit und herausragende Projekte von Interessenvertretungen im öffentlichen Dienst. Preiswürdig sind Initiativen, die Arbeitsbedingungen, das Arbeitsumfeld oder soziale Regelungen für die Beschäftigten verbessern. Der Preis wird auch im kommenden Jahr wieder verliehen. Bewerbungen sind schon jetzt möglich: bund-verlag.de/personalrat/deutscher-personalraete-preis/einfach-bewerben

Den zweiten Erfolg für die fränkische Metropole sicherte die Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) der Stadt. Sie bekam den Sonderpreis der DGB-Jugend, denn sie hat durchgesetzt, dass ab 2023 alle Azubis übernommen werden. Außerdem wurde die GJAV der AOK Baden-Württemberg mit diesem Sonderpreis geehrt, denn die Azubis dort bekommen dank ihres Einsatzes jetzt alle Reisekosten zu 100 Prozent erstattet.

RESPEKTVOLLER UMGANG

Über den Deutschen Personalrätepreis in Silber freute sich der Gesamtpersonalrat der Stadt Frankfurt am Main. Mit dem Projekt „AnStadt

INTOLERANZ“ zeigen die Kollege*innen, wie notwendig ein respektvoller Umgang ist. Das ist ein klares Bekenntnis für eine Kultur des Miteinanders. Der Bronzpreis ging an den Hauptpersonalrat der Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin. Er schafft mit seinem ausgezeichneten Projekt Transparenz für von Diskriminierungsbeschwerden betroffene Beschäftigte.

In der Kategorie Schwerbehindertenvertretung (SBV) wurde der Medizinische Dienst Bayern für eine umfassende Inklusionsvereinbarung für behinderte Beschäftigte ausgezeichnet.

dprp.de



MARTINA FELBER
ARBEITET BEIM BRANDENBURGISCHEN LANDESBETRIEB FÜR LIEGENSCHAFTEN UND BAUEN

INTERVIEW

Schiffbruch auf Ansage

Was sagst du den Arbeitgebern nach dieser Runde?

Ich kann es nicht fassen, wie man die Wahrheit und die Situation so verkennen und behaupten kann, die Kosten seien nicht so hoch und steigen auch nicht. Dass man das nicht sehen will, dass wir Konkurrenten am Markt haben. Wir kämpfen jeden Tag um neue Leute. Aber mit der Haltung der TdL werden wir Schiffbruch erleiden. Viele Kolleginnen und Kollegen gehen in Rente; die Stellen müssen wieder besetzt werden. Junge Leute gehen aber lieber zum Bund, da verdienen sie mehr und haben dann noch weniger Stunden. Das kann ihnen keiner verdenken.

Was sagst du deinen Kolleg*innen?

Jeder muss kämpfen. Werdet Mitglied! Die Stellvertretergeschichte ist vorbei: Es reicht nicht, wenn immer nur die Mitglieder von ver.di sich beim Streik bewegen und die anderen aus dem Fenster gucken, schön aus dem Warmen, oder uns auf die Schulter klopfen. Allein können wir das nicht wuppen. Es wird nicht schon werden. Dieses Mal nicht. Nicht von allein.

unverzichtbar.verdi.de

„Das Projekt zeigt Durchsetzungsstärke, aber auch ein feines Gefühl für gesellschaftliche Notwendigkeiten.“

Christine Behle, stellvertretende ver.di-Vorsitzende

Gestiegenen Erwartungen gerecht werden

ECKPUNKTEPAPIER – *Neuordnung der Erzieher*innen-Ausbildung gefordert*

(pm) Die Ausbildung von Erzieher*innen soll neu organisiert werden. Dafür machen sich ver.di, die kommunalen Spitzenverbände und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) stark. In einem gemeinsamen Papier fordern sie einen bundeseinheitlichen Rahmen für die Reform der Ausbildung. Dazu zählen auch Kostenfreiheit, eine angemessene Vergütung während der Ausbildung, die Öffnung von Zugangsvoraussetzungen und die Einbindung der Sozialpartner*innen. „In einer Zeit wachsenden Fachkräftemangels und mit deutlich



steigenden Anforderungen an die Berufsgruppe der Erzieherinnen und

Erzieher muss mit dem Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen Schluss gemacht werden“, fordert die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle. Bundesweit einheitliche Regeln seien nötig, um den gestiegenen Erwartungen gerecht zu werden und ein attraktives und modernes Berufsfeld zu bieten. Dazu setze das gemeinsame Eckpunktepapier ein wichtiges Zeichen. Gefragt sind jetzt die Länder.

Das Eckpunktepapier kann unter kurzelinks.de/8s6s heruntergeladen werden.

AUCH DAS NOCH

International stärken

Fenster zu

MUTTERSCHUTZ – Deutschland ratifiziert ILO-Übereinkommen Nr. 183

(ku) Vom Lärm seiner Nachbarin fühlte sich ein Wohnungseigentümer gestört. Geschrei und sonstige laute Äußerungen hatte der Mann vernommen und sie aufgenommen. Damit wollte er vor dem Amtsgericht Kassel seinen Anspruch auf Unterlassung bekräftigen und bekam dort recht. Das Landgericht Frankfurt/Main sah das jedoch anders. „Kann die Lärmstörung durch das Schließen des Fensters unterbunden werden, so ist dem Wohnungseigentümer dies zumutbar“, heißt es dazu auf der Internet-Plattform kostenloseurteile.de.

Die Geräusche seien zwar wiederholend, von der Intensität her allerdings mäßig bis gering, so die Auffassung der Richter*innen am Landgericht. Sie hatten sich die als Beweis vorgelegten Audioaufnahmen genau angehört und waren zu dem Schluss gekommen, dass die zu hörenden Geräusche kaum über das hinausgingen, „was bei geöffnetem Fenster ohnehin von der Straße zu hören sei. Dies zeige sich insbesondere daran, dass die Geräusche der Vögel lauter und deutlicher zu hören seien als die von der Beklagten verursachten Geräusche.“ Und damit sei das Schließen der Fenster zumutbar, zumal die Nachbarin wegen einer psychischen Erkrankung zeitweise nicht in der Lage sei, ihr Verhalten zu steuern.

Aktenzeichen
2-13 S 88/20

(dgb-rs) Deutschland hat das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über den Mutterschutz ratifiziert. Dabei hat der Gesetzgeber eng mit Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen zusammengearbeitet. Das Übereinkommen trägt die Nummer 183 und verbindet den Arbeitsschutz mit dem Diskriminierungsschutz Schwangerer und Stillender.

Bereits 2000 hat die ILO das Übereinkommen über den Mutterschutz verabschiedet, 38 der derzeit 187 Mitgliedsstaaten haben es ratifiziert. Die ILO will den Mutterschutz weltweit umfassend sichern. Zudem soll die Gesundheit von erwerbstätigen Müttern und ihren Kindern umfassend geschützt werden. Dabei soll gleichzeitig die unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Mit-

gliedsstaaten berücksichtigt werden.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Übereinkommens sind:

- Der Schutz der Gesundheit und die ärztliche Betreuung von Mutter und Kind
 - Anspruch auf einen Mutterschaftsurlaub von mindestens 14 Wochen mit einer Geldleistung von mindestens zwei Dritteln des bisherigen Arbeitsentgelts der Frau
 - ein wirksamer Schutz vor Kündigungen durch Arbeitgeber*innen
 - das Recht der Frauen, nach dem Mutterschaftsurlaub auf denselben oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren
 - das Verbot, schwangere oder stillende Frauen zu diskriminieren
- Weltweit werden immer noch viele schwangere oder stillende Frauen

am Arbeitsplatz diskriminiert und ausgegrenzt. Die Ratifizierung durch Deutschland gilt, so der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, als klares Signal zur Stärkung internationaler Arbeitsstandards. Er betont aber auch, dass der Mutterschutz in Deutschland bereits umfassend geregelt ist: „Das deutsche Mutterschutzgesetz erfüllt bereits die Anforderungen des ILO-Übereinkommens 183 über den Mutterschutz und geht teilweise darüber hinaus. Gesetzliche Änderungen sind daher nicht erforderlich.“

Deutschland hat bereits 1992 die Richtlinie 92/85/EWG, die so genannte Mutterschutzrichtlinie, der EU umgesetzt. In Deutschland definiert das Mutterschutzgesetz den Einsatz schwangerer Frauen in einem Arbeitsverhältnis.

dgbrechtsschutz.de

Mehr Geld für die Vorsorge

BETRIEBSRENTEN – Mehr Geld von Arbeitgeber*innen bei Entgeltumwandlung

(red.) Wer für die Betriebsrente aus dem eigenen Entgelt per Entgeltumwandlung für das Alter vorsorgt, bekommt mit Beginn des kommenden Jahres 15 Prozent des umgewandelten Beitrags vom Unternehmen dazu. Dazu sind die Arbeitgeber*innen dann nach dem Betriebsrentenstärkungsgesetz auch bei vor dem 1. Januar 2019 abgeschlos-

sen Verträgen verpflichtet. Hintergrund ist, dass die Beiträge aus der Entgeltumwandlung in der Ansparphase bis zu einer Höhe von vier Prozent der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze sozialversicherungsfrei in die betriebliche Altersvorsorge eingezahlt werden können. Davon sollen die Arbeitgeber*innen nicht länger profitieren.

Der Bereich Sozialpolitik des ver.di-Bundesvorstands weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass derzeit weder gesetzlich geregelt noch juristisch entschieden ist, was mit Alt-Tarifverträgen geschieht, die weniger als 15 Prozent Weitergabe vorsehen.

Mehr Infos: Sopoaktuell Nr. 317, sopoaktuell.verdi.de

AKTUELLE URTEILE

FÄLSCHUNG ZERSTÖRT VERTRAUEN – (dgb-rs) Fälscht ein Beschäftigter seine Gehaltsabrechnungen, um damit bei seiner Bank einen Kredit für einen Hauskauf zu bekommen, kann das eine fristlose Kündigung seines Arbeitgebers rechtfertigen. Das geht aus einer Entscheidung des Landesarbeitsgerichts (LAG) Hamm hervor. Für das LAG stellt das Verfälschen von Gehaltsabrechnungen einen wichtigen Grund zur fristlosen Kündigung dar. „Die Eignung des Klägers sei im Hinblick auf seine Aufgaben bei der Beklagten nachhaltig in Frage gestellt“, schreibt der DGB-Rechtsschutz zur Begründung des

Gerichts. Der Arbeitgeber müsse befürchten, dass der kaufmännische Angestellte ebenfalls aus Eigennutz und zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil auch bei den beruflich zu führenden Vertragsgesprächen mit Kund*innen zu seinem eigenen Vorteil agieren werde. Damit sei das Vertrauensverhältnis zerstört.

Aktenzeichen 8 Sa 1671/19

NICHT MEHR MÖGLICH – (dgb-rs) Eine Arbeitgeberin wollte einen Mitarbeiter mit einer einstweiligen Verfügung zwingen, ein Geschäftsgeheimnis nicht mehr zu nützen. Dabei ging es um eine Preiskalkula-

tion, die sich der Mann an seine private E-Mail-Adresse geschickt hatte. Allerdings gab es dafür einen guten Grund, und der Mann versicherte an Eides statt, die E-Mail gelöscht und nicht an Dritte weitergeleitet zu haben. Das Landesarbeitsgericht (LAG) Baden-Württemberg entschied, der Arbeitgeberin stehe der Unterlassungsanspruch nicht zu, schließlich bestehe keine Begehungs- oder Wiederholungsgefahr. „In diesem Fall sei dem Beklagten die zu verbietende Handlung schlechthin nicht mehr möglich“, heißt es dazu in der Pressemitteilung des DGB-Rechtsschutz.

Aktenzeichen: 4 SaGa 1/21

Jetzt geht es los

FAQ – Alle Termine für die Organisationswahlen müssen rechtzeitig veröffentlicht werden

Worum geht es?

Nach der Rahmenwahl- und Verfahrensordnung von ver.di gelten für die Veröffentlichung von Einladungen zu Mitgliederversammlungen formale Mindestanforderungen. Dazu gehört, dass der Termin mindestens drei Wochen vorher veröffentlicht werden muss. Diese Pflicht ist erfüllt, wenn er rechtzeitig auf der Website **orgawahlen.verdi.de** erscheint.

Gibt es alternative Möglichkeiten, die formalen Vorgaben zu erfüllen?

Die einzige Alternative ist, alle betroffenen Mitglieder direkt anzuschreiben.

Was ist mit anderen Veröffentlichungen?

Diese sind nur ergänzend möglich – und auch sinnvoll. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ein breites Streuen der Termine, etwa über zusätzliche Anschreiben oder Aushänge, dazu führt, dass die Zahl der Teilnehmenden wächst. Daher sollten sie auch in den Betrieben und bei ver.di vor Ort immer wieder kommuniziert werden, etwa von Vertrauensleuten oder in den Geschäftsstellen.

Möglich wäre eine solche zusätzliche Veröffentlichung auch auf einer eigenen Regionalseite von Bezirken/Landesbezirken in der ver.di publik. Infos zu Vorausset-

zungen und Kosten dafür bei heike.langenberg@verdi.de. Eine zentrale Veröffentlichung in der ver.di publik – wie im Vorfeld der zurückliegenden Bundeskongresse – wird es nicht geben.

Wo kann ich Termine eingeben?

Möglich ist das über Komasy, die Website mit der Eingabemaske ist über den Kurzlink **kurzelinks.de/m6r6** zu erreichen. Da die Termine vor der Freigabe erst überprüft werden müssen und das nach bisherigen Planungen nur einmal in der Woche erfolgen soll, rät der Bereich Organisationspolitik des ver.di-Bundesvorstands, die Termine spätestens fünf Wochen vor der Veranstaltung in Komasy einzugeben.

Möglichst bis Ende dieses Jahres sollten alle Veranstaltungen in der Datenbank veröffentlicht werden, unabhängig davon, wann sie im kommenden Jahr stattfinden. Ergänzungen und Aktualisierungen sind auch danach noch möglich – einer der Gründe, warum sich der ver.di-Bundesvorstand für die digitale Veröffentlichung entschieden hat.

Für welche Termine gilt das?

Insbesondere für alle örtlichen, bezirklichen oder landesbezirklichen Mitgliederversammlungen oder Konferenzen, egal ob für die Ebene, Fachbereiche bzw. Frauen und Gruppen im Rahmen der Organisationswahlen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, auf diesem

Wege zu betrieblichen oder überbetrieblichen Veranstaltungen einzuladen.

Wie finden die Mitglieder die Informationen über Mitgliederversammlungen und Konferenzen?

Sie finden sie auf der Website **orgawahlen.verdi.de**. Daher bewirbt diese Seite bitte in den nächsten Wochen. Mitglieder, die keinen Zugang zum Internet haben, sollen sich an die zuständigen Bezirke und Fachbereiche wenden und dort die Termine erfragen.

Weitere Fragen?

Zu technischen Aspekten oder zur Eingabe unter **projektbuero.buko@verdi.de**

Zu formalen bzw. organisationspolitischen Themen unter **orgawahlen@verdi.de**

Damit hilft ihr uns und trägt dazu bei, dass ver.di noch besser mit ihren Mitgliedern kommunizieren kann.

Alle Termine zu den Organisationswahlen unter **orgawahlen.verdi.de**

Mitglieder ohne Internetzugang können die Termine bei den jeweiligen Bezirken erfragen.



Foto: Kay Herschelmann

MARTINA RÖSSMANN-WOLF IST DIE VORSITZENDE DES GEWERKSCHAFTSRATS VON VER.DI

INTERVIEW

Weil es wichtig ist!

Die Organisationswahlen in ver.di beginnen derzeit. Warum ist es so wichtig, daran teilzunehmen?

Bei den klassischen Mitgliederversammlungen kann man sehen, was macht ver.di für mich und was macht ver.di grundsätzlich. Als Mitmach-Organisation ist ver.di basisdemokratisch aufgebaut, man kann sich gleich einbringen mit seinen Anliegen und Ideen. Da muss man nicht gleich ein Amt übernehmen, man kann auch bei einem Projekt mitmachen oder sich für ein Thema einsetzen.

Gehst Du auch noch zur Versammlung Deines Ortsvereins?

Selbstverständlich, weil es wichtig ist. Anfang Januar tagt der Ortsverein Wuppertal, das ist meine politische Heimat, und ich bin dabei. Man kann sich aber auch auf der betrieblichen Ebene in ver.di einbringen oder bei den Personengruppen. Ich selbst bin über Frauen- und Gleichstellungsthemen in die gewerkschaftliche Arbeit eingestiegen. Da bietet ver.di vielfältige Möglichkeiten – natürlich auch außerhalb der Organisationswahlen.

Aktive Gewerkschafterinnen

STOLPERSTEIN – Erinnerung an Weggefährtin von Paula Thiede

(uf) Anfang Oktober wurden im Lüdenscheider Weg 6c in Berlin-Spandau zwei Stolpersteine verlegt. Dort befand sich die gemeinsame Wohnung der Schwestern Gertrud (*22. Juni 1876) und Antonie (*31. Dezember 1880) Hanna. Beide waren Gewerkschafterinnen, Gertrud Hanna war eine Weggefährtin von Paula Thiede. Gemeinsam erkämpften sie bessere Arbeitsverhältnisse für Buchdruckereihilfsarbei-

ter*innen und 1906 sogar einen Tarifvertrag. Gertrud Hanna war Sekretärin des Arbeiterinnensekretariats der deutschen Gewerkschaften und agierte auch in der Weimarer Republik als prominente Gewerkschafterin. Als Abgeordnete vertrat sie die SPD im Preußischen Landtag bis zu dessen Abwicklung 1933.

Zudem war sie im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO/ILO) aktiv und damit auch in-

ternational keine Unbekannte. In dem Haus im Lüdenscheider Weg wählten die Schwestern Hanna am 26. Februar 1944 den gemeinsamen Freitod. Sie waren vom NS schikaniert und gedemütigt worden. Die Verlegung der Stolpersteine geht zurück auf eine Initiative des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., in dessen Verwaltungsrat Gertrud Hanna ab 1925 aktiv war.



NASIM, DOKUMENTATIONS-FILM VON OLE JACOBS UND ARNE BÜTTNER, 2021, 120 MINUTEN, ORIGINAL MIT UNTERTITELN, PRODUKTION: ROSEPICTURES, GEFÖRDERT VON DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND DER MITTEL-DEUTSCHEN MEDIENFÖRDERUNG, **ROSEPICTURES.COM/PROJEKTE/NASIM**

Alltag in einer Extremsituation

FILMTIPP – Portrait einer Geflüchteten erhielt ver.di-Preis für Solidarität

Das Geflüchtetenlager in Moria auf der griechischen Insel Lesbos hat traurige Berühmtheit erlangt. Es ist das größte Lager seiner Art in der EU. Bis zu 20 000 Menschen haben dort zeitweise gelebt, angelegt war es nur für 3000. Es wurde im Februar 2020 zwangsweise zum Aufenthaltsort der Afghanin Nasim und ihrer Familie. Sie flüchteten aus ihrem Heimatland über den Iran und die Türkei nach Griechenland.

So kommt die Familie nach Moria und wird dort von einem Filmteam um Ole Jacobs und Arne Büttner acht Monate lang begleitet. Die Vergangenheit spielt nur eine Rolle in Fetzen der Erinnerung. Nasim wird mit 13 in eine

Zwangsehe gedrängt, der Ehealltag ist eher lieblos. Langsam beginnt Nasim, diese Ehe in Frage zu stellen.

Doch ihre Unsicherheiten und Ängste stehen ihr dabei oft im Weg, auch wenn ihre Schwester versucht, sie zu einem neuen Leben zu motivieren. Doch der wesentliche Anteil des Films zeigt den harten Alltag im Camp. Er beschreibt mit eindrucksvollen Bildern, wie Nasim es schafft, das harte Leben zu überstehen, wie

sie trotz persönlicher Einschränkungen, etwa durch ihre eigene Rheumaerkrankung, versucht, für ihre beiden Kinder und andere Kinder im Lager einen liebevollen Alltag zu gestalten.

Teil des Films ist auch der Großbrand in dem Geflüchtetenlager Anfang September 2020. Er zerstört nicht nur das komplette Lager, auch Nasim und ihre Familie verlieren das wenige, was sie bis dahin hatten. Nasim sagt selbst, es sei ihr Ziel gewesen, der Welt

zu zeigen, welche Zustände in dem Lager geherrscht haben.

Der Film feierte jüngst beim 64. Internationalen Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm seine Weltpremiere. Dort ist der Film „Nasim“ mit dem ver.di-Preis für Solidarität, Menschlichkeit und Fairness ausgezeichnet worden. Außerdem hat er den DEFA-Förderpreis bekommen. *red.*

dok-leipzig.de/film/nasim/programm

TERMINE

Mitte November startet ver.di eine Reihe von **Online-Talks zur digitalen Transformation von Arbeitswelt und Gesellschaft**.

Auftakt ist am 17. November von 14 Uhr 30 bis 16 Uhr 30 mit dem Thema „Plattformökonomie – Chancen und Risiken für Gute Arbeit und Gemeinwohl“. Sie ist in deutsch und englisch zu sehen, die Aufzeichnung des Livestreams kann auch im Nachgang noch angeschaut werden. Im Mittelpunkt der Referate und Diskussionen stehen Fragen, wie die nach digitalen Plattformen als Infrastruktur der Daseinsvorsorge, nach dafür notwendigen Sicherheits- und Datenschutzupdates oder nach Machtverschiebungen und Herausforderungen für Gute digi-

tale Arbeit und Gemeinwohl. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke formuliert die gewerkschaftspolitischen Grundsätze für die Digitalisierung von Arbeitswelt und Gesellschaft. Mehr Infos: **verdi.de/themen/digitalisierung**

Für Mitglieder in Aufsichtsräten richtet ver.di am 25. und 26. November in Berlin eine Fachtagung aus. Thema ist die **Nachhaltigkeit – kein Thema der Zukunft**, sondern ein Thema mit Zukunft. Informationen gibt es auch zu aktuellen Entwicklungen zur Abschlussprüfung, über die durch die Corona-Krise noch intensiveren Informationspflichten von Aufsichtsräten und über Entwicklungen in der Rechtsprechung zur

Arbeit von Aufsichtsräten. Mehr Infos: **kurzelinks.de/mriw**

In Corona-Zeiten hat der **ver.di-Mitgliederservice** mit Online-Angeboten begonnen. Die Informationsveranstaltungen im Netz wurden sehr gut angenommen (ver.di news berichtete). Der nächste Termin am 29. November ist bereits ausgebucht, aber am 24. Januar 2022 wird ein weiterer Online-Talk zum Thema „Starke Leistungen – fairer Beitrag“ angeboten. Die Veranstaltung liefert auch Werber*innen viele zusätzliche gute Argumente, um von ver.di zu überzeugen. Anmeldung und mehr Infos: **verdi-mitgliederservice.de/index.php/online-treff**

Nichts

„Manchmal hätte ich vor Ärger am liebsten den Fernseher zum Fenster rausgeworfen. Olaf Scholz sprach von Rentengarantie, von Mindestlohn, von Respekt. Und was kam von uns? Nichts.“

Horst Seehofer, CSU, zieht nach 13 Jahre als Minister im Interview mit dem Spiegel Bilanz